

Über Gerechtigkeit in Zeiten der Arbeitslosigkeit

von

Heiner Flassbeck

FTD, April 2003

Über die "Agenda 2010", die der Bundeskanzler am 14. März vorgestellt hat, ist in den die Regierung tragenden Parteien sowie zwischen den Gewerkschaften und der Bundesregierung ein heftiger Streit entfacht. In erster Linie geht es um die Frage, ob das Maßnahmenpaket insgesamt "eine gerechte Verteilung der Lasten" vorsieht, ob es den Kern der "sozialen Marktwirtschaft" in Frage stellt, und ob nicht viel mehr "von denjenigen mit den breiten Schultern" getragen werden müsse. Die Gewerkschaften haben gedroht, ihre Mitglieder gegen die Reform in Stellung zu bringen und in den Regierungsfractionen "gibt es großen Diskussionsbedarf".

Schon heute kann man vorhersagen, daß diese Auseinandersetzung endet, wie alle Auseinandersetzungen dieser Art seit fast dreißig Jahren. Kleine Retuschen werden vorgenommen, die als soziales Feigenblatt erhalten müssen, während im übrigen der Abbau des Sozialstaates unaufhaltbar voranschreitet und auch von der Linken schließlich als unvermeidbar verkauft wird. Was viele Gewerkschaftler und viele Linke bei SPD und Grünen nicht verstanden haben und vielleicht niemals verstehen können: Die gesamte Auseinandersetzung um Gerechtigkeit, das soziale Netz und Solidarität in der Gesellschaft ist vollkommen sinnlos in Zeiten hoher und steigender Arbeitslosigkeit.

Jede Maßnahme, die 100 000 Arbeitsplätze schafft, ist sozial. Jeder Verzicht auf Lohn, auf soziale Absicherung oder auf Versicherungsschutz, der andere in Lohn und Brot bringt, ist in höchstem Maße solidarisch. Massenarbeitslosigkeit schafft einen Tatbestand des Unsozialen, der das bei den Linken herrschende Argumentationsmuster in seinen Fundamenten erschüttert. Kein politischer Eingriff in bestehende Schutzrechte oder vorhandene soziale Absicherungen kann mit Argumenten aus der Mottenkiste der sozialen Absicherung, die aus den Zeiten der Vollbeschäftigung stammen, ernsthaft in Frage gestellt werden. In Zeiten der Arbeitslosigkeit muß man sich mit der Ökonomie des Abbaus des Sozialstaates auseinandersetzen, oder man hat von vornherein keine Chance zu gewinnen.

Ja, man darf "das Soziale" nicht einmal als Hilfsargument verwenden, ohne seine Glaubwürdigkeit sofort zu verlieren. Wer sagt, die Kürzung der Arbeitslosenhilfe sei ökonomisch unsinnig, weil sie nur reine Umverteilung bedeutet und an einem Problem, dem Lohnnebenkostenproblem nämlich, operiert, was gar keines ist, eröffnet eine ökonomische Debatte. Wer aber sagt, die Kürzung sei ökonomisch unsinnig und zudem unsozial, entwertet unmittelbar sein ökonomisches Argument, weil die Abschaffung ja nur dann unsozial ist, wenn sie ökonomisch nichts bringt. Die Verteidiger der Kürzung werden sagen, man brauche wohl den Vorwurf des Unsozialen, weil man selbst nicht an das ökonomische Argument glaube.

Die Linke und viele Funktionäre in den Gewerkschaften aber finden nur schwer Zugang zu einer radikal anderen Ökonomie, weil sie selbst gerne an die wunderbare Wirkung der Solidarität und der Umverteilung glauben möchten. Wäre es nicht schön, wenn man mit etwas

Lohnverzicht anderen Menschen die Chance geben würde, wieder Arbeit zu finden? Wäre es nicht sinnvoll, die Lohnnebenkosten zu senken, um Arbeit wieder bezahlbar zu machen? Natürlich sollen die anderen auch verzichten, die mit den "breiten Schultern", aber verzichten ist eigentlich gut und zudem ökologisch besonders wertvoll. Da trifft sich die herrschende Ökonomie der "tiefen und schmerzhaften Schnitte" mit der Bereitschaft zur Solidarität bei der Linken und der Verzichts- und Sparideologie der Grünen und vereint sich zu einer Gemengelage, bei der die real existierende Wirtschaft vor die Hunde gehen muß.

Der Linken, mehr noch aber der grünen Bewegung, war der Keynesianismus als Alternative zur herrschenden Lehre der Wirtschaftswissenschaft immer suspekt. Zwar begrüßten sie die besondere Rolle, die dort dem Staat bei der Stabilisierung der Gesamtwirtschaft zugewiesen wird. Wachstum, Einkommenssteigerungen für alle und ein florierender privater Konsum jedoch, die zentrale Bestandteile dieser Theorie sind, passen so wenig in das Weltbild linker Grüner, daß sie allzu gerne nach Alternativen suchen, selbst wenn sie dabei in Gefahr geraten, den Apologeten des Verzichts auf der anderen Seite der Straße auf den Leim zu gehen.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres haben fast 200 000 Menschen zusätzlich ihren Arbeitsplatz verloren. Mit 4,4 Millionen im März ist - saisonbereinigt - der absolute Höchststand vom Herbst 1997 nahezu wieder erreicht. Sechzehn Jahre Umverteilung von der einen Seite der Straße und fünf Jahre von der anderen haben ein desaströses Erbe hinterlassen. Die Alternative zu einer Politik der Umverteilung ist nicht eine Politik der besseren Umverteilung. Nur Wachstum, hohe Gewinne und steigende Realeinkommen schaffen Arbeitsplätze, nicht Umverteilung und Verzicht.